



Unternehmensfinanzierung

AKTUELL

28. November 2024

Inhalt/Überblick

Konjunkturelle Entwicklung

Bewegung um die Nulllinie mit verhaltenen Aussichten für das kommende Jahr. Umfassende Wirtschaftsreformen und klare politische Verhältnisse sind notwendig. Inflationsrate zieht zum Jahresende wieder etwas an.

2

Lage der Unternehmen

Die Stimmung bei den Unternehmen ist sehr gedämpft. Die Investitionszurückhaltung besteht fort. Insolvenzen nehmen aufgrund gesamtwirtschaftlicher Schwächephase weiter zu. Hier wären innovative Gründungen besonders wichtig.

5

Kreditvergabe

Das Kreditvolumen ist insgesamt rückläufig. Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten ist weiterhin schwach. Risikoeinschätzung der Banken bleibt hoch.

7

Deutschland und Europa nach den US-Wahlen

Das Ergebnis der US-Wahlen wird auch deutliche Auswirkungen für Deutschland und Europa haben. Deutschland und die EU müssen überzeugende Lösungsansätze anbieten.

9

Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik als gemeinsame Aufgabe verstehen

In der gegenwärtigen Lage sollten auch bestehende Konzepte für die Schaffung nachhaltiger Entwicklung neu gedacht werden. Wie das gelingen kann, zeigt der Bankenverband in seinem aktuellen Positionspapier.

11

Konjunkturelle Entwicklung

Bewegung um die Nulllinie

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer langjährigen Schwächephase. Sieht man von den heftigen Ausschlägen bei der BIP-Entwicklung während der Pandemie einmal ab, dann bewegt sich das Wirtschaftswachstum seit rund einer halben Dekade um die Nulllinie. Per Saldo ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland seit Ende 2019 um nicht wahrnehmbare 0,1 % gestiegen. Zum Vergleich: Im Euroraum ohne Deutschland konnte die Wirtschaftsleistung im selben Zeitraum (Ende 2019 bis Q3/2024) um rund 6 %, in den USA sogar um 11,4 % zulegen. Und selbst in Japan, wo eine schrumpfende Bevölkerung das Wirtschaftswachstum spürbar drückt, konnte die gesamtwirtschaftliche Leistung in den letzten fünf Jahren real um gut 3 % steigen.

Über die ausgeprägte Schwächephase der deutschen Wirtschaft kann auch der geringfügige BIP-Anstieg im dritten Quartal 2024 nicht hinwegtäuschen. Von Juli bis Ende September ist die Wirtschaftsleistung um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Ausschlaggebend für das leichte Wirtschaftswachstum waren ausschließlich die staatlichen und privaten Konsumausgaben, die um 0,4 % bzw. 0,3 % (jeweils gegenüber dem Vorquartal) zulegten. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen nach einem deutlichen Einbruch im zweiten Quartal (-3,4 % gegenüber dem Vorquartal) im dritten Quartal erneut zurück (-0,2 %).

Schwache Stimmungsindikatoren – die Einkaufsmanagerindizes und das Ifo-Geschäftsklima haben sich im Sommer dieses Jahres erneut eingetrübt – sowie anhaltende Produktionseinschränkungen in der Industrie deuten auf eine wirtschaftliche Stagnation im Winterhalbjahr 2024/2025 hin. Hinzu kommt, dass mit dem angekündigten Beschäftigungsabbau einiger großer Industriebetriebe der lange Zeit sehr robuste Arbeitsmarkt erste Schwächen zeigt. Im Jahresdurchschnitt 2024 wird die gesamtwirtschaftliche Leistung deshalb bestenfalls stagnieren. Der Sachverständigenrat prognostiziert einen BIP-Rückgang um 0,1 %.

Verhaltene Aussichten für das kommende Jahr

Mit den gedämpften Perspektiven für das Winterhalbjahr wird die deutsche Wirtschaft auch nur sehr verhalten in das neue Jahr starten. Von der Weltwirtschaft werden weiterhin keine nennenswerten Impulse für die deutsche Wirtschaft erwartet. Das gilt erst recht nach dem Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den USA. Der deutschen Exportwirtschaft drohen höhere US-Zölle und massive Handelskonflikte. Zumindest für die deutsche Wirtschaft können diese Belastungen auch nicht durch weitere Leitzinssenkungen der großen Notenbanken kompensiert werden, die – für sich genommen – die Weltwirtschaft beleben dürften.

Wichtiger Hoffnungsträger für eine Belebung der wirtschaftlichen Leistung bleibt daher der private Konsum. Die schon seit längerem steigenden Realeinkommen sollten Schritt für Schritt auf den Konsum durchschlagen. Gedämpft wird die Konsumbelebung aller-

dings auch im kommenden Jahr von den nicht mehr so günstigen Arbeitsmarktperspektiven.

Umfassende Wirtschaftsreformen erforderlich

Tatsächlich überwinden lässt sich die hartnäckige Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft nur durch umfassende Strukturreformen, die vor allem die Investitionsbedingungen grundlegend verbessern. Hierbei helfen weder Einzelmaßnahmen noch die „gezielte“ staatliche Förderung ausgewählter Wirtschaftsbereiche. Auch die Vorstellung, man könne die Wirtschaft alleine mit einer höheren Staatsverschuldung wieder auf einen stabilen Wachstumspfad führen, ist nicht realistisch. Entscheidend ist ein stimmiges Gesamtkonzept, das die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts stärkt und privaten sowie öffentlichen Investitionen eindeutig Vorfahrt gibt.

Über einzelne Elemente der notwendigen Reformen wird schon seit längerem intensiv diskutiert. Sie reichen von langfristig wettbewerbsfähigen Energiepreisen über grundlegend schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, der systematischen Reduktion von bürokratischen Kosten, einer modernen öffentlichen Infrastruktur und Verwaltung bis hin zu einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung sowie gezielter Anreize zur Ausweitung des Arbeitskräftepotenzials. Auch die „Finanzierungsfrage“ dieser Reformen, die nach wie vor eng mit einer politischen Aufgabenpriorisierung verbunden sein muss, gehört zu einem Gesamtkonzept.

Vor diesem Hintergrund ist die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 eine Gelegenheit, bei den Wählerinnen und Wählern für die notwendigen Wirtschaftsreformen zu werben. Mit einem überzeugenden Reformkonzept könnte eine neue Bundesregierung einen wichtigen Stimmungsimpuls geben und eine Trendwende bei den Ausrüstungsinvestitionen einleiten.

Der Bankenverband hält daher im kommenden Jahr in Deutschland weiterhin ein Wirtschaftswachstum von 0,7 % für möglich. Wegen der getrübbten Aussichten für das Winterhalbjahr 2024/2025 ist diese Prognose inzwischen allerdings mit erheblichen Abwärtsrisiken verbunden. Und: Sie setzt eine rasche Regierungsbildung nach der Bundestagswahl sowie überzeugende Wirtschaftsreformen voraus.

Inflationsrate zieht zum Jahresende wieder etwas an

Nach einem zwischenzeitigen Tiefpunkt im Spätsommer ist die Inflation in Deutschland und im Euroraum im Oktober 2024 wieder leicht auf 2,0 % (ggü. Vorjahr) gestiegen. Die Kerninflation – Inflationsrate ohne die besonders schwankungsanfälligen Preise für Energie und Nahrungsmittel – lag im Oktober 2024 weiterhin auf erhöhtem Niveau (2,7 % im Euroraum; 2,9 % in Deutschland). Dies ist vor allem auf die anhaltend kräftigen Preissteigerungen bei den Dienstleistungen zurückzuführen, die von einem kräftigen Lohnwachstum getrieben werden. Zudem laufen die dämpfenden Effekte bei den Energiepreisen allmählich aus. Zum Jahresende ist daher mit einer Inflationsrate von über 2 % zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt 2024 prognostizieren wir im Euroraum eine Inflationsrate von 2,4 %.

Weitere Leitzinssenkungen erwartet

Nach der Zinspause im Juli 2024 hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen im September 2024 erneut gesenkt. Angesichts überraschend schwacher Wirtschaftsdaten für den Euroraum und einer leicht unter die EZB-Prognose gerutschten Inflationsrate folgte im Oktober 2024 eine weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte. Für die Ratssitzung der EZB am 12. Dezember 2024 ist der nächste Zinssenkungsschritt um 25 Basispunkte an den Finanzmärkten bereits vollständig eingepreist.

Für das kommende Jahr ist derzeit davon auszugehen, dass die EZB den Leitzins auf ein „neutrales“ Niveau senken wird. Neutrales Niveau bedeutet: ein Leitzins, von dem weder bremsende noch stimulierende Effekte ausgehen. Die EZB schätzt den neutralen Leitzins grob auf $2\frac{1}{4}$ bis $2\frac{3}{4}$ %. Einige Analysten erwarten, dass die EZB ihren Leitzins im kommenden Jahr sogar in den expansiven Bereich drücken wird, also unter die Schwelle von $2\frac{1}{4}$ %. Eine so starke Zinssenkung im kommenden Jahr würde allerdings voraussetzen, dass die Inflation im Euroraum tatsächlich längerfristig unter die Zielmarke der EZB von 2 % fällt und die wirtschaftliche Schwäche im Euroraum hartnäckig anhält.

Lage der Unternehmen

Unsichere wirtschaftliche Aussichten und Investitionszurückhaltung

Die wirtschaftliche Lage deutscher Unternehmen bleibt im dritten Quartal 2024 herausfordernd. Laut dem KfW-Kreditmarktausblick zeigt sich das Geschäftsklima der deutschen Unternehmen seit Mai 2024 stark eingetrübt. Ursachen dafür sind die gedämpfte gesamtwirtschaftliche Nachfrage im In- und Ausland sowie Absatzprobleme, die durch steigende Betriebskosten wie Energiekosten verstärkt werden. Viele Unternehmen verschieben ihre Investitionen. Dies betrifft vor allem Projekte mit langfristigem Planungshorizont, die durch die unsichere Marktlage schwer kalkulierbar sind. Die realen Unternehmensinvestitionen sanken im zweiten Quartal 2024 erneut, um 2,8 % im Vergleich zum Vorquartal.

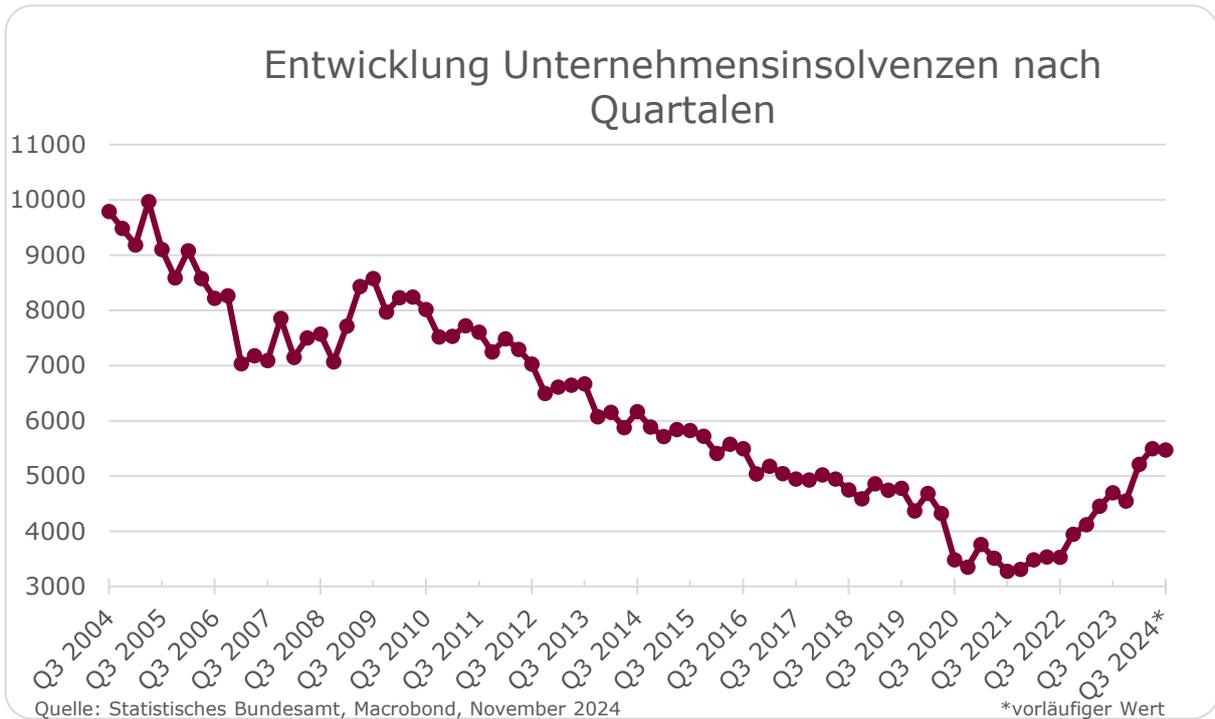
Auch die ifo-Geschäftsklimaindex-Daten bestätigen diesen negativen Trend. Während sich die Stimmung in einigen Sektoren minimal aufhellte, bleibt das verarbeitende Gewerbe von einer pessimistischen Grundhaltung geprägt. Zwar ist im Dienstleistungssektor und im Handel eine leichte Verbesserung der Stimmung feststellbar, jedoch bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage weiterhin als schwierig. Besonders im Baugewerbe hat sich die Stimmung verschlechtert, vor allem aufgrund negativer Zukunftserwartungen, die durch Kostensteigerungen und eine sinkende Auftragslage beeinflusst werden. Laut einer aktuellen ifo-Umfrage unter 2000 Betrieben hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in den vergangenen zwei Jahren nach eigenen Angaben so stark verschlechtert wie nie zuvor seit der ersten Erhebung im Jahr 1994.

Ein weiteres Indiz für die schwache Wirtschaftsdynamik ist die geringe Anzahl von Börsengängen (IPOs). Im Jahr 2024 fanden bisher gerade einmal sechs IPOs an der Börse Frankfurt statt, davon nur drei mit einem Volumen von über einer Milliarden Euro.

Insolvenzen nehmen weiter zu...

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nimmt deutlich zu. Seit Anfang dieses Jahres wird das – im historischen Vergleich recht niedrige – Vor-Pandemie-Niveau überschritten. Während der Pandemie wurde die Zahl der Unternehmensinsolvenzen durch ein Pausieren von rechtlichen Vorschriften sowie durch finanzielle staatliche Hilfen besonders gedrückt. Der Bericht zur Insolvenzentwicklung des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass im August 2024 die Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 13,4 % zugenommen haben. Die Forderungen der Gläubiger werden auf insgesamt 2,4 Milliarden Euro beziffert.

Nach vorläufigen Zahlen setzt sich der Anstieg auch im September 2024 fort, mit einem zweistelligen Zuwachs der beantragten Regelinsolvenzen. Besonders betroffen sind Branchen wie Einzelhandel und Baugewerbe, die unter einer Kombination aus hoher Kostenbelastung und schwacher Nachfrage leiden. Diese Entwicklung ist somit Ausdruck der langanhaltenden gesamtwirtschaftlichen Schwächephase in Deutschland und unterstreicht die Herausforderungen, denen viele Unternehmen derzeit gegenüberstehen.



...Unternehmensgründungen gehen zurück

Laut dem Statistischen Bundesamt wurden von Januar bis September 2024 rund 90.000 Betriebe gegründet, „deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen“. Dies entspricht einem Rückgang von 0,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die rückläufigen Neugründungen betreffen vor allem den Einzelhandel und handwerksnahe Dienstleistungen in strukturschwachen Regionen.

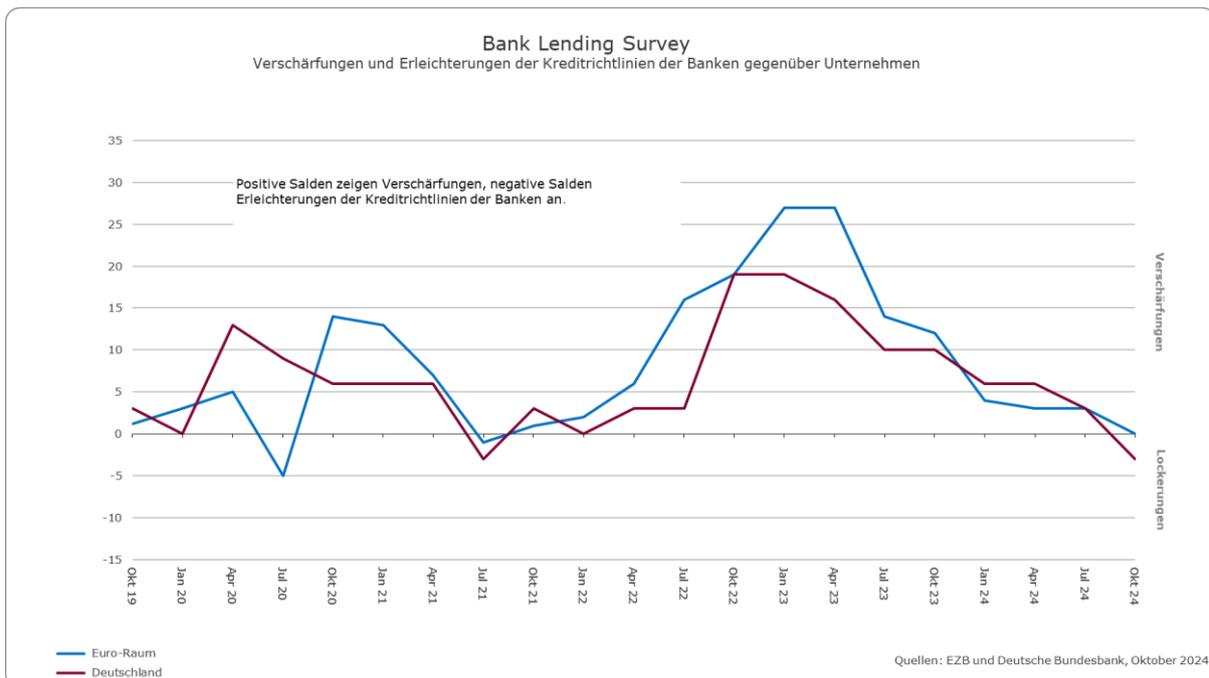
Wünschenswert und notwendig angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels ist, dass die Zahl innovativer Gründungen – etwa in den Bereichen Energie und Gesundheit/Medizin – zunimmt und diese dauerhaft erfolgreich sind. Das Venture Capital-Dashboard der KfW beschreibt hier einen positiven Trend: das Investitionsvolumen in diesem Bereich hat wieder leicht zugenommen.

Ein zusätzlicher Impuls für die Start-up-Landschaft in Deutschland soll von der „WIN-Initiative“ ausgehen. Im September 2024 unterzeichneten die Bundesregierung sowie zahlreiche Unternehmen und Verbände (darunter der Bankenverband) eine gemeinsame Absichtserklärung zur Initiative „Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland“. Ziel der Initiative ist es unter anderem, die steuerlichen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass junge innovative Unternehmen leichter Zugang zu privatem Kapital erhalten. Bis 2030 sollen im Rahmen der Initiative weitere rund 12 Milliarden Euro in junge innovative Unternehmen investiert werden. Diese Maßnahmen sollen nachhaltige Strukturen für Wachstums- und Innovationsinvestitionen etablieren und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stärken.

Kreditvergabe

Kreditstandards: Erhöhte Risikowahrnehmung

Deutsche Banken meldeten im Rahmen des Bank Lending Survey (BLS) der Europäischen Zentralbank für das dritte Quartal 2024 erstmals seit drei Jahren wieder eine leichte Lockerung ihrer Kreditstandards für Unternehmen. Im gesamten Euroraum blieben die Kreditstandards hingegen unverändert. Die erhöhte Risikowahrnehmung der Banken hat aber weiterhin einen verschärfenden Einfluss auf die Kreditvergabe. Für das vierte Quartal 2024 rechnen Banken mit einer erneuten Straffung der Kreditstandards, was sie auf pessimistische Markt- und Konjunkturerwartungen zurückführen.



Kreditnachfrage und -wachstum gering

Das Gesamtvolumen der ausstehenden Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige zeigt auch im dritten Quartal 2024 keine Anzeichen einer dynamischen Entwicklung. Laut Bundesbankstatistik sank das Volumen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sogar um 0,3 % auf insgesamt 1.132 Milliarden Euro. Die Kreditnachfrage der Unternehmen blieb damit in Deutschland auf einem schwachen Niveau. Zudem konzentrierte sich die Nachfrage vorwiegend auf Refinanzierungen bestehender Kredite, während Investitionen und eine damit verknüpfte Finanzierungsnachfrage für Transformationsvorhaben nur eine geringe Rolle spielten.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kredit- banken	Spar- kassen	Landes- banken	Kredit- genossen
Stand Quartalsende in Mrd. €					
Q4/2020	1.004,14	289,98	291,99	109,75	211,86
Q4/2021	1.038,01	296,97	299,26	119,99	222,89
Q4/2022	1.131,23	331,26	312,07	126,21	235,59
Q1/2023	1.136,64	338,98	314,80	127,45	237,15
Q2/2023	1.140,20	341,63	316,03	127,81	239,55
Q3/2023	1.133,03	338,17	316,01	126,10	240,40
Q4/2023	1.129,02	332,86	315,18	127,52	241,71
Q1/2024	1.132,59	336,25	315,34	127,19	243,06
Q2/2024	1.135,19	337,97	314,41	127,78	244,48
Q3/2024	1.131,78	334,21	314,29	127,54	245,40
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)					
Q4/2020	3,0	-0,4	3,9	-3,3	5,6
Q4/2021	3,4	2,1	2,6	4,9	5,3
Q4/2022	9,0	10,9	4,3	5,3	5,9
Q1/2023	6,9	9,9	3,4	5,6	5,1
Q2/2023	4,6	7,3	2,6	3,3	4,4
Q3/2023	-0,5	2,2	1,5	-1,1	3,5
Q4/2023	-0,1	0,4	0,9	1,5	2,9
Q1/2024	-0,6	-1,7	0,2	0,1	2,5
Q2/2024	-0,7	-2,0	-0,3	0,2	2,1
Q3/2024	-0,3	-2,1	-0,4	1,3	2,3
Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)					
Q4/2020	-0,5	-2,3	0,5	-3,0	1,0
Q4/2021	2,2	3,7	0,7	3,8	1,2
Q4/2022	-0,6	0,2	0,4	-1,2	1,2
Q1/2023	0,5	2,2	0,8	1,1	1,0
Q2/2023	0,3	0,8	0,4	0,4	1,0
Q3/2023	-0,6	-1,0	0,0	-1,3	0,4
Q4/2023	-0,3	-1,6	-0,2	1,3	0,5
Q1/2024	0,0	0,1	0,1	-0,3	0,6
Q2/2024	0,2	0,4	-0,2	0,5	0,6
Q3/2024	-0,3	-1,1	0,0	-0,3	0,5

*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, November 2024. Die Wachstumsraten werden berechnet auf Basis der statistisch bereinigten Veränderungen pro Quartal.

Deutschland und Europa nach den US-Wahlen

Am 5. November 2024 wurden in den USA ein neuer Präsident, das gesamte Abgeordnetenhaus und ein Drittel des Senats gewählt. Die künftige Trump-Administration kann sich – zumindest für die ersten zwei Jahre – auf eine republikanische Mehrheit in beiden Kammern stützen. Die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in den USA wird auch deutliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Unternehmen in Deutschland und Europa haben.

Durch Handel und gegenseitige Investitionen sind Europa und die USA aufs Engste verflochten, das gilt nicht nur, aber auch für den Finanzmarkt. Die Wirtschaft ebenso wie die Politik der USA bleiben für die Wirtschaft in Deutschland und Europa weiterhin von höchster Relevanz. Beide Wirtschaftsräume stehen – trotz struktureller Unterschiede – vor teilweise ähnlichen Herausforderungen: Die Modernisierung der Industrie und der öffentlichen Infrastruktur, die Steigerung der Produktivität und globalen Wettbewerbsfähigkeit. Zudem geht es darum, die Resilienz der gesamten Wirtschaft angesichts geopolitischer Spannungen zu stärken und den Wohlstand angesichts demographischer Veränderungen zu sichern.

Für die Wirtschaft in Deutschland ist wichtig: Wie berechenbar sind die Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen, und was geschieht im Falle weiterer globaler Krisen? Wie gut gelingt in den nächsten Jahren die politische Zusammenarbeit zwischen Berlin bzw. Brüssel und Washington?

Die neue Präsidentschaft von Donald Trump könnte in der Handelspolitik stärker auf Zölle und andere Handelsbeschränkungen setzen und damit erhebliche Veränderungen im globalen Handel verursachen. Dies gilt insbesondere für Zölle gegenüber China – aber nicht nur. Mit Impulsen für neue Freihandelsabkommen (FTAs) zwischen den USA und anderen Staaten oder gar für eine regelorientierte globale Handelspolitik ist nicht zu rechnen. Unklar ist, wie es mit der aktuellen Subventionspolitik im Rahmen des Inflation Reduction Act (IRA) weitergeht, der die Unternehmen in den USA bei der Transformation fördert. Auf der anderen Seite könnten Unternehmen von zukünftigen Steuererleichterungen profitieren, während die Klima- und Energiepolitik wohl wieder zugunsten konventioneller Energieträger ausgerichtet wird.

Hinzu kommen weitere wichtige Politikfelder, die große Auswirkungen haben: Welche Schritte geht die Trump-Administration in der Sicherheitspolitik einschließlich der Export- und Importkontrolle von kritischen Technologien und der Sanktionspolitik? Wie geht der neu gewählte Kongress mit dem US-Haushalt und der Staatsverschuldung um?

Was sich voraussichtlich nicht ändert: Der europäische und der amerikanische Wirtschaftsraum bleiben durch starke wirtschaftliche Verbindungen geprägt. Die USA sind in vielen Feldern extrem innovativ und weltmarktführend, etwa im Bereich Digitales und in den Bereichen Sicherheit und Finanzmarkt. Doch brauchen auch sie den europäischen Markt. Beeinträchtigungen von Handel und Investitionen im atlantischen Raum würden

Fortschritt und Wohlstand daher nicht nur in der EU, sondern auch in den USA stark belasten. Die Kooperation beider Seiten bleibt daher fundamental wichtig.

Für Unternehmen in Deutschland und der EU bleibt der US-Markt hochattraktiv, sowohl für Exporte als auch für Investitionen. Dieser Markt bietet zudem auch eine Möglichkeit zur Diversifizierung. Die Auswirkungen werden natürlich variieren, je nach Branche und Einzelfall. Aus Bankensicht ist essenziell, dass der bestehende transatlantische Finanzmarkt weiterhin vernetzt und berechenbar bleibt.

Für den Erfolg der deutschen und europäischen Unternehmen und der Gesamtwirtschaft ist in erster Linie ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidend. Dafür braucht es – neben Innovationskraft und Risikobereitschaft – die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Diese werden zuallererst von der deutschen und der europäischen Politik gestaltet.

Zu den wichtigsten Faktoren zählen:

- Eine **erfolgreiche Energie- und Rohstoffpolitik**, um einen stabilen und wettbewerbsfähigen Zugang zu Energie und Rohstoffen sicherzustellen.
- Eine **ambitionierte Freihandelspolitik** zur Sicherung bestehender und Erschließung neuer Absatzmärkte.
- Eine **pragmatische Klimapolitik**, die sowohl auf die effektive Dekarbonisierung als auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen fokussiert.
- Eine **ausgewogene Banken- und Finanzmarktregulierung**, die unter Berücksichtigung der Entwicklungen in den USA auch in der EU leistungsstarke und global wettbewerbsfähige Finanzinstitute, Finanzmarktinfrastrukturen und Finanzmärkte ermöglicht.
- Eine **konsequente Stärkung und Vertiefung des EU-Binnenmarkts** einschließlich des Kapitalmarkts mit dem Fokus auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Um angesichts globaler Veränderungen und des scharfen Wettbewerbs für die eigene Wirtschaft gute Rahmenbedingungen zu schaffen, ist ein einheitlicher und stärker strategischer Ansatz in der EU erforderlich. Diese müssen mit konstruktiven Antworten auf geopolitische Herausforderungen verbunden werden. Mit überzeugenden Lösungsansätzen können Deutschland und die EU sich als starke Partner in der transatlantischen Kooperation präsentieren.

Team Deutschland: Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik als gemeinsame Aufgabe verstehen

Zu konstruktiven Antworten auf geopolitische Herausforderungen gehört auch ein Neuansatz bestehender Förderkonzepte. Der Bankenverband schlägt zum Beispiel in seinem aktuellen Positionspapier eine stärkere Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit vor. Denn sowohl das deutsche Exportmodell als auch der entwicklungspolitische Ansatz Deutschlands sind betroffen. Deutschland verfügt zwar über eine breite Palette leistungsfähiger Förderinstrumente, angesichts der sich wandelnden geopolitischen Landschaft ist eine engere Abstimmung dieser Bereiche aufeinander aber unverzichtbar. Hier sollte sich Deutschland mit seinen europäischen Partnern – auch angesichts der neuen US-Administration – strategischer positionieren. Andere Staaten, wie China und einige EU-Mitgliedsstaaten haben bereits gezeigt, wie die Bündelung verschiedener Förderinstrumente ihren Unternehmen entscheidende Vorteile im internationalen Wettbewerb verschafft. Im Sinne eines „Team Deutschland“-Ansatzes erachten wir unter anderem folgende Maßnahmen als notwendig:

- **Aktivere Abstimmung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit.** Förderinstrumente wie Exportkreditgarantien und entwicklungspolitische Maßnahmen müssen stärker miteinander verknüpft werden, um Synergien zu schaffen.
- **Mit einem nachhaltigen Ansatz und auf Augenhöhe auf Partnerländer zugehen.** Individuelle Transformationspfade in Partnerländern erfordern ambitionierte, aber realisierbare Standards für Umwelt und Infrastruktur.
- **EU-Global Gateway Initiative praxistauglich gestalten.** Die Global Gateway Initiative der EU benötigt klarere Strukturen und eine bessere Einbindung privater Akteure, um Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung wirksam umzusetzen.
- **Refinanzierungsbedingungen bei Exportkreditgarantien verbessern.** Die Attraktivität bestehender Programme könnte durch die Anpassung der Bedingungen und der Vereinfachung von Prozessen erhöht werden.
- **Entwicklungs- und Förderbanken in Entwicklungsländern stärken.** Die Zusammenarbeit mit Institutionen wie z. B. der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) oder der African Export-Import Bank sollte ausgeweitet werden.
- **Informations- und Kommunikationspolitik von öffentlichen Finanzierungsoptionen transparenter gestalten.** Transparente Informationskampagnen könnten die Bekanntheit von Programmen nachhaltig verbessern.
- **Rohstoff- und Transformationsprojekte mit dem Ausbau lokaler Wertschöpfung verknüpfen.** Projekte, die über die reine Rohstoffgewinnung hinausgehen und lokale Verarbeitung fördern, schaffen langfristige wirtschaftliche Perspektiven in Partnerländern und sollten stärker unterstützt werden.

Das gesamte Positionspapier finden Sie auf unserer Webseite: [Link](#)